Newsletter **7/8 2026**

Liebe Mitglieder und Sympathisanten der Linken,
hallo Nachbarn!

Schön, dass ihr bzw. Sie unseren Newsletter wieder angeklickt oder zur Hand genommen habt/haben. Der ironische Ton, mit dem wir der Bundesregierung im letzten Newsletter große Fortschritte beim Abbau sozialstaatlicher Standards attestiert haben, ist auch diesmal angebracht. Die Sommerpause, die ja eigentlich zur Erholung und zum Kraftauftanken gedacht ist, hat uns mit neuen Hiobsbotschaften in Atem gehalten. Noch im Juni hatten wir die Veranstaltungsreihe “Leben im Alter“ mit einem Vortrag zum Thema Rentenentwicklung eröffnet und nur wenige Wochen später ist ein Teil der dort getroffenen Aussagen dank der Vorschläge der Rentenkommission schon wieder Makulatur. Gesetzliche Mindestrente als ausreichende Grundsicherung zur Finanzierung des Lebensunterhalts? – reicht in vielen Fällen schon längst nicht mehr. Vorschläge für die zusätzliche private Vorsorge? – gehen an der Realität der meisten armutsgefährdeten Rentner vorbei. Abschlagsfreie Rente mit 63? – soll es nicht mehr geben. Rente mit 67? – inzwischen wird die 70 angepeilt. Außerdem sollen die Zuzahlungsbeträge für Medikamente steigen und viele Pflegeleistungen teurer werden. ***Respekt vor der Lebensleistung unserer Senioren sieht anders aus.*** Das findet auch Klärchen Branne als ältestes Mitglied unserer typischen Brandenburger Durchschnittsfamilie, und sie hält mit ihrer Kritik nicht hinter dem Berg (siehe Punkt 7).

1. Rückblick in den Juni

1.1 Auftakt der Gesprächsreihe „Leben im Alter“ mit dem Thema Rente

Offenbar hatten wir mit diesem Thema einen Nerv getroffen, denn der Versammlungsraum der Kreisgeschäftsstelle war am 6. Juni 2026 bis auf den letzten Platz besetzt und es kamen nicht nur Mitglieder des Kreisverbandes und nicht nur Senioren. Der Referent, Hern Uwe Drößler, erwies sich als Glücksgriff. Er blieb den Zuhörenden keine Antwort schuldig, auch wenn sich manche Frage sehr speziell auf kaum übertragbare individuelle Sachlagen bezog. Einige Teilnehmer verabredeten darüber hinaus Konsultationstermine, z.B. zur Klärung Ihrer Rentenpunkte und evtl. Abzüge bei vorzeitigem Eintritt in den Ruhestand.
Mehrere Teilnehmer hakten beim Stichwort Verschuldung der Rentenkassen nach und äußerten sich besorgt über die faktische Verschlechterung ihrer finanziellen Lage, die trotz der jährlichen Erhöhung der Rente festzustellen ist, denn der Mehrbetrag wird von den zunehmenden Lebenshaltungskosten und der schleichenden Abwertung des Geldes durch Inflation doppelt und dreifach aufgefressen.

Manche Diskussionsbeiträge beschäftigten sich mit generellen Überlegungen, vor allem zum Zusammenhang von Lohn und Rente. Nur ein Bruchteil der Arbeitsleistungen, die für das Funktionieren einer Gesellschaft unverzichtbar sind, spielt für die Lohngestaltung eine Rolle. Weitgehend unberücksichtigt bleibt beispielsweise die Familienarbeit, die damit auch nicht rentenwirksam wird. Außerdem nimmt die Tendenz zu, ehrenamtliche Tätigkeiten, die ursprünglich als Beruf ausgeübt worden sind, in den Bereich der unbezahlten Arbeit zu verschieben. Lohnentwicklung sozial
Ein weiteres Problem: Um die gerechter zu gestalten, dürften z.B. die enormen, durch Einsatz der KI generierten Gewinne nicht nur den Bossen der betreffenden Großkonzerne zugutekommen. Gefordert wurde auch, dass die gesellschaftliche Relevanz der Berufe bei der Lohngestaltung eine viel größere Rolle spielen müsste. Solche Überlegungen haben es verdient, in weiteren Veranstaltungen, z.B. in der politischen Bildung (siehe Punkt 4) vertieft zu werden. Wir kommen darauf zurück.

(Foto David T.)

1.2 Erinnern an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Wie schon in den vergangenen Jahren, gedachte Brandenburg an der Havel der Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. An historische Stätte, im Innenhof der jetzigen Oberstaatsanwaltschaft, Steinstraße 61,

legten Repräsentanten der Stadtführung und Vertreter von Parteien, Organisationen und Institutionen, darunter eine Abordnung unseres Kreisverbandes, Blumengebinde nieder. *(Foto: David T.)*

Unsere Stadt gehört zu den Orten, wo der Protest der Arbeiter und Angestellten gegen die willkürlichen Arbeitsnormerhöhungen der Regierung besonders heftig war und in der Forderung nach freien Wahlen gipfelte. Der Aufstand wurde von sowjetischen Truppen und der DDR-Staatssicherheit im Keim erstickt, es gab Verletzte und Schwerverletzte. Für 72 Bürger endete der Aufstand mit Repressalien, Verhaftungen und Gefängnisstrafen von bis zu 16 Jahren.
Generalstaatsanwalt Robert Wilkening und Oberbürgermeister Daniel Keip würdigten in kurzen Reden den Mut der damaligen Demonstranten, für Freiheit, Demokratie und die „westlichen Werte“ auf die Straße gegangen zu sein, und schlugen den Bogen zur friedlichen Revolution von 1989. Angesichts des gegenwärtigen Zustandes dieser Errungenschaften und der akuten Gefährdung demokratischer Standards wünscht man sich die Wucht und Entschlossenheit der Demonstranten von damals zurück.

2. Bericht vom Bundesparteitag

Vom 19. bis 21. Juni fand in Potsdam der 10. Bundesparteitag der Linken statt. Er stand unter dem Motto „Es reicht! Das Leben bezahlbar machen“. Hier ist nicht der Ort, den gesamten BPT noch einmal Revue passieren zu lassen, aber das soll uns nicht daran hindern, unseren beiden Parteitagsdelegierten, Lu Roehl und David Trautmann, Gelegenheit für ein kurzes, persönliches Resümee zu geben. Die undankbare Mammutaufgabe, sich im Vorfeld durch Berge von Unterlagen zu wühlen und einen Überblick über die teils widersprüchliche Antragslage zu gewinnen, hatte die Beiden nicht kirre gemacht, wie sie auf der Sondersitzung des Kreisvorstandes am 13. Juni zeigen konnten. Hier ihr Bericht:

„Deutlich zu merken war, dass unsere Partei gewachsen und erkennbar jünger und politisch breiter zusammengesetzt ist. Insgesamt war der BPT von einer kämpferischen Aufbruchsstimmung geprägt. Das hat für viel Energie gesorgt, aber auch gezeigt, dass unterschiedliche Erfahrungen, politische Stile und Erwartungen stärker aufeinandertreffen und absehbar zu bestimmten Konfliktbereichen führen werden.
Der Leitantrag, der den zentralen strategische Rahmen bildet, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Darin geht es darum, den aktuellen Aufschwung nicht nur kurzfristig mitzunehmen, sondern unsere Partei dauerhaft vor Ort zu verankern: in den Stadtteilen, Betrieben, Gewerkschaften und Initiativen, und sich dabei auf die Bewältigung konkreter Alltagskonflikte zu konzentrieren. Das heißt auch: die soziale Frage klar in den Mittelpunkt zu stellen.
Ein wichtiger Schwerpunkt war die Verbindung von Sozialpolitik und Friedenspolitik. Mit dem Beschluss „Es reicht! Wir organisieren den Aufstand: gegen Sozialabbau und Militarisierung“ wurde deutlich gemacht, dass Kürzungspolitik, Aufrüstung, Wehrpflicht und die Herbeiführung von „Kriegstüchtigkeit“ zusammengedacht werden müssen.
Im Bereich Migration und Antirassismus wurde eine klare Linie gegen verschärfte Abschiebe- und Rückführungspolitik beschlossen.

Besonders sichtbar wurden die erwähnten Spannungen beim Thema Nahost/Westasien, beim Gehaltsdeckel für Abgeordnete, bei der Frage Regierungsbeteiligung oder Opposition sowie beim Umgang mit innerparteilichen Konflikten. Dem besonnenen Agieren des Bundesvorstandes ist es zu verdanken, dass bezüglich Nahost/Westasien Formulierungen mehrheitlich gebilligt wurden, die unterschiedliche Aspekte zusammenhalten sollen: Orientierung am Völkerrecht, Schutz der Zivilbevölkerung, Anerkennung palästinensischer Rechte, besondere Verantwortung gegenüber jüdischem Leben sowie klare Abgrenzung gegen Antisemitismus, Rassismus und antimuslimischen Rassismus.
Der ursprüngliche Antrag zum Gehaltsdeckel wurde durch einen Kompromissantrag ersetzt, der angenommen wurde.

10. BPT: Die Brandenburger Delegierten *Foto: Die Linke*

Am Ende reichte die Zeit nicht aus, um für alle diskutierten Themenbereiche zu abschließenden Entscheidungen zu kommen. Unser wichtigster Eindruck: Das war keine reine Harmonieveranstaltung, aber ein arbeitsfähiger Parteitag. Wir haben unseren Anspruch bekräftigt, die soziale Opposition gegen Sozialabbau, Aufrüstung und Rechtsruck zu organisieren. Gleichzeitig steht der neue Parteivorstand vor der Aufgabe, die gewachsene und vielfältiger gewordene Partei zusammenzuführen und die beschlossenen Linien praktisch umzusetzen."

3. Was läuft aktuell in unseren Arbeitsgemeinschaften?

3.1 Kurzer Check-up

- Die **AG Queer** trifft sich jeden zweiten Freitag in entspannter Runde zum Gedankenaustausch. Sie ist Mitorganisator von Protestveranstaltungen wie dem CSD (Christopher-Street-Day), einer queeren Protestform, um Solidarität zu zeigen und allgemeine Rechte einzufordern: Respektiert uns! Nehmt uns wahr! Die AG Queer geht nicht nur beim CSD in unserer Stadt voran, sondern verstärkt auch die Reihen der Demonstranten in den umliegenden Städten.
- Die **AG Senioren** will auch in Zukunft zweimal im Jahr eine Veranstaltung speziell für die älteren Mitglieder durchführen (zu der natürlich auch die Jüngeren herzlich willkommen sind). Die neue Reihe „Leben im Alter" ist in diesem Sinne konzipiert. Außerdem ist es der AG ein Anliegen, auch für diejenigen Mitglieder, die kein Internet haben bzw. mit gesundheitlichen Einschränkungen klarkommen müssen, einen regelmäßigen Informationsaustausch brieflich, telefonisch oder mit persönlicher Ansprache zu gewährleisten. (Siehe außerdem Punkt 4 „Omas gegen Rechts")
- Die **AG Medien** trifft sich im Zweiwochenrhythmus und ist aktuell damit beschäftigt, die passenden Strukturen und Zuständigkeiten festzulegen, um den vielfältiger gewordenen Anforderungen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit – Stichwort: Neue Medien, neue Formate – gerecht zu werden und die vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen geschickt zu nutzen.
- Im Gespräch ist auch, eine AG Politische Bildung auf Kreisebene zu etablieren.

3.2 Aus aktuellem Anlass: Zum Anschlag auf den CSD in Berlin

Am Abend des 25. Juli raste ein Mensch mit dem Auto in die Menge der Feiernden: Eine Frau starb, zahlreiche Menschen wurden zum Teil schwer verletzt, unzählige sind traumatisiert. Die Tat zeigt deutlich: Queerfeindlichkeit und patriarchale Überzeugungen können tödlich sein.
Queere Menschen erfahren in ihrem Alltag in allen Bereichen Diskriminierung und Abwertung. Der CSD sollte eigentlich ein Safe-Space sein. Dass gerade dort ein Anschlag verübt wurde, ist besonders

erschütternd. Wir trauern um die Getötete, stehen an der Seite der Betroffenen und sind solidarisch mit allen queeren Menschen. *(Daniel H.)*

.

3.3 Eine weitere AG nimmt ihre Arbeit auf: die AG Umwelt-, Natur- und Tierschutz (UNT)

(Foto: Michael W.)

In Zeiten der “Abgrenzeritis“ machen Projekte hellhörig, die das Gegenteil bewirken wollen, nämlich Bündnisse zu schmieden. Ein solches Projekt hat unser Kreisverband jetzt mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Umwelt-, Natur- und Tierschutz“(UNT) aus der Taufe gehoben. Für Matthieu-Pascal Rudolph und einige jugendliche Neumitglieder lag die Idee auf der Hand, die bereits bestehenden Kontakte zur Ortsgruppe Brandenburg/Stadt der „Naturfreunde e.V.“ und zum Landesverband der „Naturfreundejugend Deutschland“ zu vertiefen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit, auch mit weiteren Vereinen (z.B. dem „Bund für Naturschutz Brandenburg e.V.“) auszuloten.
Am 12.Juli fand die Gründungsveranstaltung in einem ganz besonderen Rahmen statt: 8 künftige AG-Mitglieder statteten den Naturfreunden auf der Insel Buhnenwerder, dem „Naturjuwel im Breitlingsee“ (wie es im aktuellen Flyer heißt), einen Besuch ab. Das langgediente Motorboot des Vereins brachte die Gäste ab Ruderklub Plaue quer über den Breitlingsee zur Anlegestelle der Insel, wo sie schon erwartet und später auch mit Kaffee und selbstgebackenem Kuchen bewirtet wurden.
Dr. Michael Weggen, der langjährige Vorsitzende, und weitere Mitglieder des Vereins begleiteten die Gruppe auf dem gut beschilderten Rundgang. Die Gespräche drehten sich vor allem um die wechselhafte Geschichte der Insel, um ihren reichhaltigen Bewuchs mit teils seltenen Pflanzen und exotischen Bäumen und um das Wasservogel-Schongebiet. Man konnte nur staunen, wieviel Zeit, Kraft und Enthusiasmus für die Pflege der Insel, für die Anlage kleiner Rastplätze und Infostände über viele Jahre und bis heute aufgebracht worden sind, und zwar als rein ehrenamtliches Engagement. Spontan kam von den Linken das Angebot, bei der nächsten Aktion Parkpflege dabei zu sein.

4. Beteiligung an bundesweiten Kampagnen – wo stehen wir?

Unser Kreisverband ist derzeit unterschiedlich intensiv in die bundesweiten Kampagnen ‘Wohnen/Mietendeckel‘ und ‚Die Linke hilft‘ involviert; in beiden Fällen hinken wir aber unseren eigenen Ansprüchen doch noch etwas hinterher. Was die Mietenkampagne angeht, so ist ein Gedankenaustausch

mit dem Mieterverein und unserem „Genossen vom Fach“, Matthias Osterburg, sowie Vertretern der Stadtteilbeiräte angedacht, aber noch nicht terminiert. Zentral angeboten wird eine Schulung, die vermittelt, wie ein Heizkostencheck durchzuführen ist. Zu prüfen ist noch, inwieweit im Einzugsgebiet unseres Kreisverbandes Bedarf für so einen Check besteht und wer ggf. an der Schulung teilnimmt. Es wäre wünschenswert, dass wir am 10.10. auf der landesweiten Mietendemo in Potsdam mit möglichst vielen Genossen vertreten sind.
Für ‘Die Linke hilft‘ ist noch nicht befriedigend geregelt, durch wen ein Teil der ursprünglich von Christin Willnat für den Kreisverband realisierten Aufgaben, die sie als MdB nicht mehr übernehmen kann (z.B. die organisatorische Absicherung der Sozialberatung), in der erforderlichen Kontinuität weitergeführt wird.

Weiter ausgebaut und überregional verankert werden soll die Zusammenarbeit mit der RLS. Dabei im Vordergrund stehen Themen, die für die Politische Bildung relevant sind. Kerstin Liebenow hat mit einer Umfrage an den Kreisverband solche Themen erfasst. Genannt wurden die Stichworte Radikalismus und Medien. Gewünscht wird auch die Aktualisierung zentraler Begriffe wie ‘Klasse` und ‘Arbeit‘ und die Beschäftigung mit Faschismustheorien.

5. Streikunterstützung für die GBM Kirchmöser – Christin Willnat macht Druck

Seit gut einem Jahr erleben wir Christin Willnat in Doppelfunktion: als MdB und als Co-Kreisvorsitzende. “Was kannst du in Berlin für Brandenburg an der Havel bewirken?“, ist eine oft gestellte Frage der Mitglieder unseres/ihres Kreisverbandes. Zum Beispiel den Streik der Beschäftigten der GBM-Gleisbaumechanik in Kirchmöser unterstützen. Die Kollegen dort fordern einen höheren Tariflohn für alle Mitarbeiter. Seit Ende April gab es 4 Warnstreiks und 3 gescheiterte Verhandlungsrunden zwischen der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG und der Geschäftsführung Gleisbaumechanik. Anstatt zu verhandeln, will die Geschäftsführung künftig Einzelgespräche mit den Beschäftigten führen. Die EVG stellt klar: „In Einzelgesprächen sollen die Kollegen weichgekocht werden. Wir sagen, das geht gar nicht. Wer den Tarifvertrag durch Einzelverhandlungen ersetzen will, betreibt Tarifflucht durch die Hintertür.“ Am 21. Juli stimmten daraufhin 95% der EVG-Mitglieder im Werk für den unbefristeten Arbeitskampf.
Dazu Christin Willnat: „Wir stehen an der Seite der Streikenden und unterstützen sie bei allem, was sie brauchen.“ Der Kurs der Geschäftsführung zeige, wem das Werk in Kirchmöser eigentlich gehört. GBM-Gleisbaumechanik ist Teil der General Atomics Europe Group, einer Tochter des US-amerikanischen Rüstungskonzerns General Atomics. Der wirtschaftliche Erfolg des Werkes wird von den rund 200 Beschäftigten in Kirchmöser erarbeitet, die nun einen fairen Anteil einfordern. Christin weiter: „Ein Konzern, der weltweit Kampfdrohnen baut, will sich 250 Euro mehr Lohn pro Mitarbeiter im Monat nicht leisten können? Das ist absurd. GBM lebt von öffentlichen Aufträgen. Die Deutsche Bahn hat 2024 bei GBM die Modernisierung von 25 Gleisarbeitsfahrzeugen bestellt, mit Option auf 40 weitere. Ernsthaft, wer solche Aufträge will, muss auch den Tarifvertrag halten. Es kann nicht sein, dass der Konzern bei den Löhnen spart und weiterhin öffentliches Geld kassiert. Deshalb fordern wir als Linke in Brandenburg ein Tariftreuegesetz. Tarifflucht muss für Konzerne richtig teuer werden und darf nicht folgenlos bleiben.“

Wer die Streikenden unterstützen will: dienstags, mittwochs und donnerstags finden jeweils von 11 bis 13 Uhr Streikveranstaltungen vor dem Werk in Kirchmöser statt.

6. Aktionen in der Sommerpause

6.1 Neue Berichts- und Veranstaltungsformate kommen gut an

Christin Willnats Präsenz in den sozialen Medien (Facebook, Twitter, Instagram und Co.) sehen wir mittlerweile als selbstverständlich an. Aber dass sich auch unser Fraktionsvorsitzender in der SVV, René Kretzschmar, mit Videoclips an die Öffentlichkeit wendet, ist neu. Ob kritischer Kommentar vor Ort zum geplanten Bau eines weiteren Parkhauses oder Müllsammelaktion in der sitzungsfreien Zeit – solchen im Bild festgehaltenen Aktionen ist die Aufmerksamkeit der Bürger viel eher sicher als für reine Textbeiträge.
Kommt jetzt die neue Leichtigkeit als erfrischende Begleiterscheinung für den Aufwärtstrend bei den Linken? So oder ähnlich lautete die Frage, die uns von so manchem Nachbarn auch angesichts ungewohnter Veranstaltungsformate gestellt wurde. Damit war nicht unser traditioneller Ausflug mit der „Havelfee“ im Spätsommer gemeint, den es schon recht lange gibt. Aber erstmals in diesem Jahr, am 14. Mai, feierten die Linken im „Elfmeter“ den Herrentag (auch Männer- oder Vatertag genannt; nach einer neutralen, weniger aufgeladenen Bezeichnung suchen wir noch). Am

27. Juli fand auf dem Marienberg ein Picknick statt, das Lu Roehl organisiert hatte, und am 21. August war in der „Agentenzentrale“ Premiere für einen Stammtisch mit dem Titel „Trinken mit Linken“; David Trautmann hat damit eine Idee der Potsdamer Linken aufgegriffen und in der Einladung betont: „Wir wollen in entspannter Atmosphäre miteinander und mit interessierten Brandenburgerinnen und Brandenburgern ins Gespräch kommen. Das soll keine klassische Parteiveranstaltung werden, sondern eine gesellige Runde zum Kennenlernen und zum Gedankenaustausch.“

Zwischen 10 und zuletzt 30 Teilnehmer besuchten die neuen Angebote; bereits geplant sind zwei weitere: ein Leseabend „Lesen mit Linken“ am 3. September, betreut von Michelle Hermann, mit der Option, daraus eine Veranstaltungsreihe zu entwickeln, und eine Halloweenparty, voraussichtlich am 31. Oktober in der GS. Der zweite Stammtisch „Trinken mit Linken“ ist für November geplant.

(Foto: David T.)

6.2 Teilnahme an einer Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Sozialer Antifaschismus in Brandenburg“

Unser Kreisverband nimmt teil an einer Studie der RLS, die sich mit den politischen Bedingungen für eine antifaschistische Allianz in ausgewählten Regionen Brandenburgs beschäftigt. Dazu gab es am 29. Juli einen Interviewtermin mit Hendrik Sander von der RLS, der in einem ersten Schritt die persönlichen Meinungen von Vertretern der Linken aus drei Generationen erfassen sollte. Befragt wurden Lu Roehl, David Trautmann und Uta Sändig. Nach Fertigstellung der Studie, Mitte bis Ende des nächsten Jahres, werden die Ergebnisse vorgestellt.

7. Familie Branne gibt ihren Senf dazu; diesmal Bellas Mutter Klärchen

Hallo, liebe Freunde,

wat sagt ihr dazu, dass uns die Bundesregierung ihre Rentenreform als den janz großen Wurf verkaufen will; der Vorschlag der Rentenkommission würde als Kompromisskunst vom Feinsten in die Geschichte eingehen und sei ein großer Schritt auf dem Weg zur Generationengerechtigkeit. Wie bitte? Glauben die wirklich, wat sie sagen? Wat ist daran gerecht, dass Beamte, Selbstständige, Bundestagsabjeordnete und weitere Bevölkerungsgruppen jarnich in die Rentenkasse einzahlen müssen und trotzdem eine fette Rente beziehen? Wat ist mit den ostdeutschen Rentnern, die keine großen Rücklagen bilden konnten und im Schnitt weniger Rente bekommen als ihre westdeutschen Brüder und Schwestern? Und die Unjerechtigkeit jeht ja weiter, solange die Löhne im Osten hinter den Westlöhnen hinterherhinken.

Jedes Mal, wenn ich meine Nachbarin zu den Tafeln begleite, die sich immer noch schämt, wenn sie dort erkannt wird, ist die Schlange wieder etwas länger jeworden. Auch ältere Kolleginnen meiner Tochter habe ich letztens dort anstehen sehen. Friseurin gehört eben auch zu den Berufen, die man kaum bis 67 oder gar 70 durchhalten kann. Dit sollte unseren Ministern nich entgangen sein. Es sei denn, sie leben jeschlossen hinterm Mond, denkt sich manchmal

(Text und Grafik: Uta. S)

eure Klärchen Branne

8. Angemerkt: Die Demokratie ist ins Gerede gekommen

Das Ergebnis aktueller Umfragen ist eindeutig. Weniger als 50 Prozent der Bundesbürger haben noch Vertrauen in die Demokratie („Volksherrschaft“) und ihre Institutionen; Tendenz: weiter fallend. Besonders groß ist der Vertrauensverlust gegenüber der Bundesregierung und den maßgeblichen Parteien. Nichtsdestotrotz betont die überwiegende Mehrheit der Bürger die unverzichtbare Rolle der Demokratie als Kernstück westlicher Werte. Die Demokratie sei die bislang einzige Staatsform, die in der Lage ist, ein dauerhaft friedliches, den Prinzipien von Solidarität, Gemeinwohl, Gewaltenteilung und Chancengerechtigkeit verpflichtetes Zusammenleben aller Menschen bzw. Völker zu gewährleisten.
Auffällig ist allerdings, dass zwischen Theorie und gesellschaftlicher Praxis eine Lücke klafft, die selten so groß war wie in der jetzigen Zeit. Aber gab es denn in den bisherigen Demokratien überhaupt schon mal eine Zeit, in der die Gesellschaft ohne diese Lücke funktionierte? Hatten die Reichen und Mächtigen es jemals nötig, sich an die – wie auch immer gearteten – demokratischen Spielregeln zu halten? Ignorierten sie nicht von jeher den Willen des Volkes, wenn es um den Erhalt ihrer Macht ging? Setzten sie nicht bei Bedarf alle hehren Regeln außer Kraft?
Und „das Volk“? Verzichtet in der Mehrheit auf den Luxus allzu fester Prinzipien und begegnet den Zumutungen des Alltags mit schlitzohrigem Pragmatismus, der auf die Frage hinausläuft: Was ist für mich und meine Lieben unter den gegebenen Umständen die günstigste Lösung, die uns auch keine unzumutbaren Veränderungen unserer gewohnten Lebensweise abverlangt? Ob diese Lösung das Ergebnis eines demokratischen Meinungsbildungsprozesses ist oder diktatorisch zustande kam, interessiert nur am Rande, insbesondere, wenn sie als einfache, schnelle Patentlösung empfunden wird. Ergänzend werden passende Sündenböcke und Lichtgestalten ins Feld geführt, denen man die Schuld an der aktuellen Misere zuschreiben kann beziehungsweise auf deren Hilfe man sich verlassen zu können glaubt. Mit dieser Einstellung wird aber die Demokratie untergraben und als wichtigstes Instrument gesellschaftlicher Willensbildung infrage gestellt. Demokratie fungiert dann nur noch, wenn überhaupt, als eine Inszenierung im „als ob“-Modus, als eine Simulation mit Alibi-Charakter, die man, wenn es anstrengend oder brenzlig wird, abbrechen kann. (Der Soziologe Ingolfur Blühdorn prägte dafür den Begriff der „simulativen Demokratie“.)
Die größte Gefahr für die Demokratie geht aber gegenwärtig nicht vom Pragmatismus der „Normalos“ aus, sondern vom herrschenden Neoliberalismus, dessen Fokussierung auf unbegrenztes Wachstum, Wettbewerb, Beschleunigung und Profitmaximierung letzten Endes mit den eingangs genannten demokratischen Prinzipien unvereinbar ist. Insbesondere ist der Neoliberalismus nicht daran interessiert, für eine dauerhaft friedliche Welt zu sorgen, denn eine solche Welt würde den unersättlichen Machthunger seiner Protagonisten bremsen. *(Text und Karikatur Uta S.)*

9. Termine, Termine

01.09. 15:00 Uhr – Kranzniederlegung, Gedenkstätte Opfer der Euthanasiemorde
05.09. ab 13:30 Uhr – Stadtteilfest, Marktplatz vorm Bürgerhaus Hohenstücken
06.09. 14:00 – 17:00 Uhr Schiffspartie mit der Havelfee“, Anleger Heineufer
16.09. ab 18:00 Uhr – Sitzung des Kreisvorstandes in der GS
19.09. 15.30 – 17.30 Uhr - Reihe „Leben im Alter“ – 2. Thema „Mobilität“, in der GS
25.09. ab 18.00 Uhr Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Vortrag zu China
28.09. ab 18.00 Uhr – Fraktionssitzung in der GS
10.10. (Uhrzeit?) – Landesweite Mietendemo in Potsdam
12.10. ab 18:00 Uhr – Fraktionssitzung in der GS
21.10. ab 18:00 Uhr – Kreisvorstandsitzung in der GS
26.10. ab 18:00 Uhr – Fraktionssitzung in der GS
31.10. „Halloweenparty“ in der GS (Weitere Informationen folgen später!)

Vorschau auf November/Dezember
09.11. ab 18:00 Uhr – Fraktionssitzung in der GS

13.11. ab 19:30 Uhr – Gregor Gysi - Audimax THB (Muss man sich aber ein Ticket kaufen!)
15.11. Volkstrauertag (Weitere Informationen folgen später!)
18.11. ab 18:00 Uhr – Kreisvorstandssitzung in der GS
21.11. ab 10.00 Uhr – Gesamtmitgliederversammlung (Genaueres im nächsten Newsletter)
Geplant, aber noch nicht terminiert: 2. Stammtisch „Trinken mit Linken“
2. Neumitgliedertreffen
Jahresabschluss-/Weihnachtsfeier

Übrigens können Beiträge für den Newsletter nicht nur von der Redaktion verfasst werden, sondern Berichte und kritische Kommentare sind von jedem Mitglied des Kreisverbandes willkommen.

In der nächsten Ausgabe:
- Kommentar zu den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern
- Nicht nur in unserem Bundesland geschätzt: Der wöchentliche Zoom-Stammtisch aus Brandenburg
- Zu den Angeboten der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Einen guten Start in einen heißen Herbst: Der Kampf für Frieden, Völkerfreundschaft und soziale Gerechtigkeit geht weiter!

Euer Kreisvorstand der Linken
Brandenburg an der Havel

Impressum Newsletter des Kreisverbandes Brandenburg an der Havel der Partei Die Linke, Adresse: Kreisgeschäftsstelle, Paulinerstraße 11, 14776 Brandenburg an der Havel, Tel. 03381 /224733, E-Mail redaktion@dielinke-stadt-brb.de, Sprechstunden jeden Dienstag und Donnerstag von 9:00 – 17.00 Uhr. Redaktion: Dr. Uta Sändig (Leitung), Dr. Wolfgang Erlebach, David Trautmann, Ralf Nethe, Petra Zimmermann, V.i.S.d.P.: Christin Willnat. Layout: Finn